



Der Klimawandel ist für Frankreich nicht länger eine abstrakte Bedrohung, sondern eine tägliche Realität. Mit dieser deutlichen Feststellung hat die französische Umweltministerin Agnès Pannier-Runacher bereits im Herbst 2024 eine Zäsur in der politischen Wahrnehmung der ökologischen Krise markiert. Ihre Aussage verweist auf eine doppelte Herausforderung: Einerseits zwingt der Klimawandel zu einer grundlegenden Anpassung gesellschaftlicher Strukturen, andererseits verschärft er bestehende politische und finanzielle Spannungen.

Frankreich steht exemplarisch für viele europäische Staaten, die zwischen ambitionierten Klimazielen, strukturellen Schwächen und wachsenden sozialen Spannungen navigieren müssen. Die französische Regierung hat in den letzten Jahren wichtige Weichenstellungen vorgenommen – doch der Weg zu einer resilienten und klimaneutralen Gesellschaft bleibt konfliktgeladen.

Klimarealität im Alltag

Die Worte der Ministerin fielen nicht ins Leere. Frankreichs Bevölkerung erlebt seit Jahren die zunehmend spürbaren Auswirkungen des Klimawandels: Rekordtemperaturen über 40 Grad im Sommer, Dürren, die die Landwirtschaft in der Provence und im Südwesten massiv beeinträchtigen, Überflutungen in Nordfrankreich oder steigende Küstenerosion in der Bretagne. Allein 2023 wurden über 3.000 Hitzetote gezählt, insbesondere unter älteren Menschen – eine stille, aber alarmierende Statistik.

Der nationale Wetterdienst Météo-France meldete, dass 2022 und 2023 zu den wärmsten Jahren seit Beginn der Aufzeichnungen zählen. Die Sommerhitze verstärkt soziale Ungleichheiten, etwa wenn schlecht isolierte Wohnungen in banlieues zur Hitzefalle werden oder Schulgebäude ohne Klimaanlage Lernräume unbenutzbar machen. Der Klimawandel trifft die verletzlichsten Gruppen zuerst – und damit wächst der Handlungsdruck auf die Politik.

Nationale Anpassungsstrategie – mit begrenzten Mitteln

Als Reaktion darauf hat die Regierung den dritten **Plan national d'adaptation au changement climatique (PNACC)** vorgestellt. Dieser legt erstmals offen, dass Frankreich mit einem Temperaturanstieg von bis zu **+4 °C bis 2100** rechnet – eine Annahme, die auf Szenarien des Weltklimarats (IPCC) basiert. Infrastrukturprojekte, Raumplanung, Wassermanagement und öffentliche Gesundheit sollen sich an dieser Realität orientieren.

Zu den konkreten Maßnahmen zählt die thermische Sanierung von 40.000 öffentlichen



Gebäuden – darunter zahlreiche Schulen – bis 2030, ein Programm zur Renaturierung urbaner Räume sowie die Förderung klimaresilienter Landwirtschaft. Auch die frühzeitige Warnung vor Hitzewellen und eine Ausweitung von Kühlzonen in Städten gehören zum Maßnahmenpaket.

Doch der ambitionierte Plan wird vom Finanzministerium nicht im gewünschten Umfang mitgetragen. Laut einem Bericht von *Le Monde* kam es zu Spannungen zwischen dem Umweltressort und dem Premierministeramt (Matignon), das massive Haushaltsdisziplin einfordert. Pannier-Runacher kritisierte öffentlich, dass **die vorgesehenen Kürzungen im Staatshaushalt** die Umsetzung zentraler Klima- und Anpassungsmaßnahmen gefährden könnten.

Eine ökologische Politik „nah an den Menschen“

Pannier-Runacher betont immer wieder, dass Klimapolitik nur wirksam ist, wenn sie in den Alltag der Bürgerinnen und Bürger eingebettet ist. „Der Klimawandel ist kein abstraktes Zukunftsszenario mehr – er ist hier, jetzt, vor Ort“, sagte sie in einem Interview mit *La Gazette des Communes*. Ihr Konzept einer „*écologie populaire*“ – einer bürgernahen Ökologie – zielt auf lokale Projekte: Die Begrünung von Innenstädten, regionale Energieprojekte, partizipative Mobilitätslösungen.

Dieser Ansatz trifft auf ein wachsendes Bedürfnis nach greifbaren Lösungen – auch als Reaktion auf die Proteste der „*gilets jaunes*“, bei denen ökologische Maßnahmen als unsozial empfunden wurden. Die ökologische Transformation kann nur gelingen, wenn sie als soziale Gerechtigkeitspolitik verstanden wird.

Ein Kampf um politische Prioritäten

Frankreichs ökologischer Umbau vollzieht sich nicht im luftleeren Raum. Gleichzeitig kämpft der Staat mit steigenden Sozialausgaben, einem wachsenden Verteidigungsetat angesichts der geopolitischen Spannungen in Osteuropa und Nordafrika sowie einer Schuldenquote von über 110 % des BIP. In diesem Spannungsfeld fällt es der Regierung schwer, zusätzliche Mittel für die ökologische Wende freizumachen.

Gleichzeitig erwartet die EU-Kommission konkrete Fortschritte bei der Umsetzung des Green Deal – auch um Sanktionen im Rahmen des europäischen Klimaschutzrechts zu vermeiden. Frankreichs Klimabilanz bleibt durchwachsen: Zwar sanken die CO₂-Emissionen 2023 um knapp 2 %, doch der Gebäudesektor und der Straßenverkehr stagnieren. Der Oberste



Rechnungshof (Cour des comptes) mahnte im März 2024 eine bessere Steuerung und Wirkungskontrolle der Klimapolitik an.

Die Chance der Krise

Der Klimawandel zwingt Frankreich – wie viele Staaten Europas – zu einem politischen Realismus: Nicht ein „ob“ der Transformation steht zur Debatte, sondern das „wie“. Die Aussagen der Ministerin markieren in diesem Sinne eine notwendige Rückbesinnung auf die konkrete Umsetzungsebene: Wie lassen sich Klimaziele mit sozialem Ausgleich verbinden? Wie organisiert man territoriale Resilienz im Zeichen wachsender Wetterextreme?

Frankreichs Weg bleibt voller Widersprüche. Doch in der Klarheit, mit der Ministerin Pannier-Runacher den Klimawandel als alltägliche Realität benennt, liegt auch eine Chance: Die ökologische Frage ist nicht länger nur eine der Moral – sondern eine der öffentlichen Infrastruktur, der sozialen Teilhabe und der nationalen Sicherheit.

Autor: P. Tiko